



WHO  
KOLLABORATIONSZENTRUM  
FÜR TABAKKONTROLLE

**dkfz**

DEUTSCHES  
KREBSFORSCHUNGSZENTRUM  
Stiftung des öffentlichen Rechts  
in der Helmholtz-Gemeinschaft

Deutsches Krebsforschungszentrum  
WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle  
Im Neuenheimer Feld 280  
D-69120 Heidelberg  
Tel. +49 (0) 6221 42-3010  
Fax: +49 (0) 6221-42-3020  
E-Mail: WHO-CC@DKFZ.de

# **1. Heidelberger Deklaration für Tabakkontrolle**

## **anlässlich der 1. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle**

### **am 11. Dezember 2003**

Durch Rauchen sterben in Deutschland mehr Menschen als durch Verkehrsunfälle, Alkohol, illegale Drogen, Morde und Selbstmorde zusammen. Dies sind jährlich weit über 100 000 Menschen. Die Hälfte von ihnen verstirbt bereits im mittleren Lebensabschnitt.

Die Tabakindustrie macht den Zigarettenmarkt zunehmend zu einem Markt für Kinder und Jugendliche: Über 80% der Raucher beginnen weit vor dem 18. Lebensjahr zu rauchen. Im letzten Jahrzehnt kam es zu einer Verschiebung des Rauchbeginns in immer jüngere Jahrgänge. Die erste Zigarette wird zunehmend vor dem 12. Lebensjahr geraucht.

Daher fordert die 1. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle in Heidelberg:

1. Der Deutsche Bundestag und Bundesrat sollen ohne Einschränkungen an der bereits beschlossenen Tabaksteuererhöhung von jeweils 1,5 Cent pro Zigarette in drei Stufen bis Mitte 2005 festhalten.

Die geplante Tabaksteuererhöhung darf nicht auf Druck der Tabaklobby abgesenkt, verzögert und gestreckt werden. Die Tabaksteuererhöhung ist nachweislich das wichtigste Instrument, um Kinder und Jugendliche vor Tabak zu schützen.

2. Die Bundesregierung und alle Fraktionen des Deutschen Bundestages sollen vorbehaltlos die Ratifizierung und konsequente Umsetzung der Rahmenkonvention für Tabakkontrolle vornehmen. Dies beinhaltet unter anderem ein umfassendes Tabakwerbeverbot, die Abschaffung von Zigarettenautomaten, den konsequenten Nichtraucherschutz in allen öffentlichen Einrichtungen sowie in der Gastronomie.
3. Aus ethischen Gründen sollen Bundesgesundheitsministerium, Länderministerien, Behörden und Nichtregierungsorganisationen kein Geld zur Finanzierung von Projekten der Tabakprävention, einschließlich von Kinder- und Jugendkampagnen, von der Tabakindustrie oder ihren Auftraggebern annehmen und bereits bestehende Verträge aufkündigen. Zur Tabakprävention sollte ein aus Tabaksteuern finanzierter Präventionsfonds geschaffen werden.
4. Die Bundesregierung soll eine unabhängige Bundesstelle für Tabakkontrolle zur Regulation von Tabakprodukten und zur Koordinierung wirksamkeitsüberprüfter Maßnahmen einrichten.